



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L.: Die sechste Woche des deutschen Reichstags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

getadelt, gelobt, ge- und beschimpft und vergöttert wird, und welches das Publicum unter allerhand Formen, Titeln, Farben lesen, sehen und schlucken muß, bedeutet eine einzelne literarische Zeitung nicht mehr so viel als sonst, wo dergleichen geistige Nahrungsmittel seltener erschienen, und gewiß nicht genug, um den Hausfrieden einer Academie zu stören. Deswegen wird die Einschränkung, kein Buch, welches unter dem Namen eines Jenaer Professors gedruckt wird, in der Jenaer Literatur-Zeitung zu recensiren, sehr wünschenswerth sein. Die Inspection der Landeskinder kann ganz aufgehoben, die des Convicts an eine Commission übergeben werden. Was die Collegien betrifft, so beweist Eichstädt, daß die Subscription erfüllt ist, nicht, daß er Collegien gelesen hat. Dies ist an das Licht zu stellen."

Diese Forderung hatte für Eichstädt die ungünstigste Wirkung. Sofort verbreitete sich in Jena das Gerücht seiner Entsetzung, die Studenten wurden in ihrem Wahne bestärkt, daß die Klage über die Inspection für begründet erachtet worden sei. Sie, die bisher ihren Inspector mit Ehrenbezeugungen überhäuft hatten, riefen ihm ein Vereat zu. — Aber Carl August's Befehl wurde vollzogen. Keine Schrift eines Jenenser Professors durfte in der Literaturzeitung recensirt werden, während die Censur der Programme von zwei Professoren abhängig gemacht und erwiesen werden mußte, ob Eichstädt, der der Inspection über die Landeskinder überhoben ward, wirklich gelesen habe. Letzteres war nicht von besonderer Tragweite, aber tief zu beklagen war, daß der Hader in den Kreisen Jenenser Professoren das Urtheil in literarischen Beziehungen, so wie es hier geschah, gänzlich unterdrücken konnte.

C. A. S. Burkhardt.

Die sechste Woche des deutschen Reichstags.

Nachdem sich der Reichstag während dieser Woche, zum Theil in langen und ermüdenden Reden, unausgesetzt mit dem Sozialistengesetz beschäftigt, ist dasselbe endlich am 19. Oktober in einer Weise zur Annahme gelangt, durch welche die baldige Publikation und Wirksamkeit desselben in Aussicht gestellt ist.

Bei der Wichtigkeit des das Verbot von sozialdemokratischen Druckschriften betreffenden § 6 nahm auch die am 14. Oktober aufgenommene Fortsetzung der am 11. abgebrochenen langathmigen Verhandlung großen Umfang an. Und dennoch galt in den je einstündigen Reden von Richter, Kleist-Nezow und Windthorst nur der allerkleinste Theil diesem Paragraphen. Die Eigenthümlichkeit der Lage brachte es eben mit sich, daß die Berathung dieses Gesetzes täglich mehr den Anlauf zu umfassenden Auseinandersetzungen der Parteien sowohl mit der Regierung als untereinander machte. Wenn sich nur infolge dieses Zu- und Ausführens der Parteien wenigstens ein für das Staatsleben brauchbarer Bodenfuß zu bilden begünne! Trotz aller Erörterungen, Anregungen, Vorwürfe und Mahnungen, mit denen man sich gegenfeitig regalirte, sind aber die Parteien einem solchen Ziele kaum irgendwie nachgekommen; vielmehr wirbelt Alles, was infolge der Auflösung des vorigen Reichstags und Angesichts der inneren Gefahr des Staates aufgerührt worden, nach diesem Parteien-

Renkontre erst recht wirr durcheinander; es zeigt sich sogar, daß die erhaltenden Elemente noch gar wenig geeignet sind, sich in der vom Fürsten Bismarck am 9. Oktober empfohlenen Weise zusammenzuschließen, so sehr auch gleichzeitig das Auftreten von Vertretern der negirenden Parteien täglich von neuem dazu mahnte. Zum § 6 traten solche Mahnungen recht lebhaft wieder hervor in den Reden von Richter und Windthorst.

Es schien fast, als ob Ersteren die Vorbeeren, welche Hasselmann, Bracke und Reinders in den Tagen zuvor sich auf der Rednertribüne geholt, nicht hätten schlafen lassen. Dieselben waren ja auch an dieser Stelle noch Neulinge gegen einen so erfahrenen Spezialisten im Herabziehen staatlicher Autoritäten, gegen den seit lange anerkannt geübten Schützen im Entsenden spitzigster Pfeile wider unsern großen Staatslenker. Wie konnten auch nur Andere ihm so in's Handwerk gerathen! In der That hat sich auch diesmal Richter's Meistererschaft in diesem Genre bewährt. Er hatte dazu aber auch einen gar zu reizenden Stachel. Waren doch von Fürst Bismarck die Fortschrittler als die bisher stets Negirenden hingestellt. Das verdiente grausame Rache, und Richter hat sich diese auf seine Weise genommen: er trat wie gewöhnlich mit einem sorgfältig gefüllten Köcher von Pfeilen wider Bismarck auf und verband in sichtlich großem Behagen deren Abschnehlung kunstgerecht mit feuilletonistisch-paradoxyer Behandlung einer Reihe ernster Dinge. Wenn man sieht, wie sich bei diesem Parlamentarier noch immer keine Spur von Selbstbescheidung zeigt, und wie er selbst in solcher Sache sich berufen glaubt, die allezeit schwarzen Pläne der Regierung in ihrer ganzen Diabolik zu demaskiren, so möchte man fast diese auf Händen greifen, wie der Parlamentarismus sich selbst allmählig diskreditiren kam. In der Behandlung seines Hauptthema's, daß das positive Moment des Staatslebens in der Wirksamkeit der Fortschrittspartei und derjenigen Kreise des Bürgerthums liege, aus welchen diese sich zu rekrutiren pflege, drang Richter bis zu der dreiften Widersinnigkeit vor, die Fortschrittspartei sei in Wahrheit jetzt die „Altkonservative Reichspartei“, während umgekehrt Fürst Bismarck das negirende Element bilde, ja sogar — Dasjenige positiv nenne was er selbst für positiv halte. So viele unberechtigte Abschweifungen der arme § 6 schon erlebt, so war das doch noch nichts gegen die Richter'schen Exkursionen. Mit besonderem Wohlgefallen schien dieser unseine Redner bei einem gehässigen Breittreten von Vorkommnissen der Wahlbewegung zu verweilen, welche Bennigsen anständiger nur zart berührt hatte. Richter kam auch noch auf den Kulturkampf, unter dem Schmunzeln des Zentrums auf eine Belobung der katholischen Kirche als Damm gegen die Sozialdemokratie, auf die Volksschulen, auf die „Genealogie der israelitischen Könige“ und noch gar manches Andere, Alles zur Sache, Alles zum Thema der Unterdrückung von Zeitungen. Die Nationalliberalen kamen bei dem Redner diesmal glimpflicher weg; Bennigsen's Rede glaubte er eben die Beruhigung entnehmen zu können, daß dessen Berufung in die Regierung doch wohl noch nicht so nahe sein könne.

Auch von Kleist-Regow schüttete gewaltig sein Herz aus, ohne sich um das Thema viel zu bekümmern. Er wies zwar die Nationalliberalen nicht geradezu als Mittstreiter zurück, bekundete aber sehr deutlich, daß er und seine Genossen auch unter obwaltenden Umständen nach ganz anderen Polen gravitiren wollten, so daß die Zweifel, welche Bennigsen am 10. Oktober in die Waffengemeinschaft eines Theiles der Konservativen gesetzt, sich völlig bestätigt zeigten. Mit der Brunst eines die Mähnen schüttelnden Silberlöwen wandte sich Kleist an das

Zentrum, welches er, nachdem es sich eben erst gegen die Regierung in neue Positur gesetzt, so gerne Freund nennen möchte. Das war zum mindesten eine entschiedene Regierung von Bismarck's patriotischem Appell. Nicht nur, daß Kleist „sehnlichst“ die Zeit „erwünschte“, wo er mit dem Zentrum „Hand in Hand gehen“ könne, sondern er berührte auch den Kulturkampf und die Schulfragen in der dem Systeme Falk's feindlichen Weise seiner Partei. Windthorst's alsbaldige Erwiderung enthielt zwar ein freundliches Kompliment, allein der Führer des Zentrums will nicht, daß dieses sich durch die verspätete Freundlichkeit der durch Bismarck's Appell etwas in Verlegenheit gerathenen Altkonservativen in seiner jetzigen Position inkommodiren lasse, von welcher abwendig zu machen Kleist bald elegisch bittend, bald in zorniger Mahnung sich abgemüht. So mußte sich der als Altkonservativer ergraute Kleist von Windthorst über den Begriff „konservativ“ belehren lassen. Erst wenn die Konservativen zu diesem, zu einer „entschlossen reaktionären Politik im Staat und bezüglich dessen Verhältnisses zur Kirche“ sich bekannt hätten, wolle das Zentrum mit ihnen gehen. Nun wissen wir also auch in aller Form, welche Bewandniß es mit der ostensibel freiheitlichen Richtung des Zentrums hat. Kleist brachte noch eine Blumenlese bezeichnender Kraftstellen aus sozialdemokratischen Blättern vor, wie sie Graf Eulenburg bei seinen Ausführungen in erster Lesung gewiß recht vermißt hatte, doch war sie für die in Rede stehende Frage des sofortigen Unterdrückens von Zeitungen nicht weiter brauchbar.

Nach diesen Vorgängen mußte der § 6 einem traurigen Schicksale zueilen. Wir verdanken es den Konservativen nicht, wenn sie nicht einzusehen vermochten, warum den bewußten Blättern erst noch eine gewisse Besserungszeit gestattet werden sollte, denn es ist gar zu naiv, an die Aenderung des Wesens eines solchen Blattes zu glauben. Lasker freilich legte recht großen Werth auf diese gutmüthige und so übel angebrachte Absicht einer Erziehung, durch welche, wie Kleist richtig sagte, der Charakter des Gesetzes geändert würde. Bei dem Präventivgesetze von rückwirkender Kraft als von einem Popanz zu reden, hatte nur Richter fertig bringen können; selbst Lasker verwies ihm dies. Der Gegensatz der von Bismarck unter Eine Fahne gerufenen Regimenter führte zur Freude aller negativen Parteien die Entscheidung für die reine Negation dieses wichtigen § herbei. Gemeinsam mit jenen brachten zuerst die Konservativen den Vorschlag der Kommission, dann, in der Vorliebe für eine bloß halbe Maßregel, die Mehrheit der Nationalliberalen die Fassung des Entwurfs zu Fall. Die gähnende Kluft dieser Lücke, des einzigen Ergebnisses zweier langen Sitzungen, enthielt viel Beschämendes für Alle, welchen am Zustandekommen des Gesetzes liegt; auch der Trost auf die dritte Lesung vermochte diesen Eindruck kaum etwas zu mindern.

Die namentlich für das Zentrum ermuthigende Wirkung dieses Vorgangs zeigte sich sofort, als bei § 11, welcher das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der bewußten Bestrebungen verbietet, Mousfang sich angeregt fühlte, nochmals das klerikale Programm zur Lösung der sozialen Frage in allgemeinen Zügen darzulegen. Aber das verstimmte Haus schien der Exkursionen endlich müde und auch der Präsident begann denselben Einhalt zu thun. Selbst für die durch Mousfang nochmals berührte Frage eines Wahlbündnisses zwischen Ultramontanen und Sozialdemokraten, welches Windthorst auf allgemeine taktische Regeln zurückzuführen suchte, war kein rechtes Interesse mehr zu finden. Nach Genehmigung des § 11 gingen die Strafbestimmungen der §§ 12—15, unter Bebel's Einwurf von „Ungehenerlichkeiten“, noch am glatteften durch.

Der üble Vorgang bei § 6 hatte den harten Sinn der unter Eine Fahne rangirten Kompagnieen keineswegs milder gestimmt, und so wiederholte sich am 15. Oktober dieselbe Erscheinung bei § 16, wo beide Kompagnieen in der Frage gegen einander marschirten, inwieweit die geschäftsmäßigen sozialdemokratischen Agitationen neben der Freiheitsstrafe auch in Betreff ihres Aufenthalts sollten beschränkt werden dürfen. Bei dieser Frage sorgten drei Mitglieder des Zentrums, welches so hübsch hatte schweigen wollen, für übermäßige Ausspinnung heterogener Punkte: Reichensperger aus Grefeld durch eingehende Angriffe auf die Kirchenpolitik und, unter entschiedenem Widerspruche des Ministers Grafen Eulenburg sowie Friedberg's, auf die Selbständigkeit preussischer Richter in Urtheilen über Majestätsbeleidigungen, Prinz Radziwill durch eine in monotonster Ableitung vorgetragene Kritisirung eines der Maigesetze und Brüel durch einen Exkurs über Majestätsbeleidigungen. Von Bedeutung erschien nur eine Erklärung Bennigsen's, welche nach ihrem Inhalte wie nach der ungewohnten Schroffheit des Tons überraschte. Da die Beschlüsse der Kommission in den wichtigeren Punkten nur durch Scheinmehrheiten zu Stande gekommen waren, so erschien es ganz selbstverständlich, daß im Plenum Versuche zur Erzielung einer natürlichen Mehrheit angestellt wurden. Daher fiel es sehr auf, daß Bennigsen plötzlich Namens seiner Partei jene Beschlüsse wegen der Schwierigkeit ihres Zustandekommens als unantastbar hinzustellen versuchte. Zugleich ging er aber selbst hiervon wieder ab durch Anbietung von Zugeständnissen zu § 20. Wenn Graf Eulenburg bei seinem gerechten Erstaunen darüber, daß zum ersten Male bei dem Verständigungswerke von Unannehmbarkeit geredet werde, jene Eröffnung auf den ganzen Rest des Gesetzes bezog, so hatte er nach dem Gehörten allen Anlaß dazu. Nun aber hörte sich durch Bennigsen's einlenkende Erwiderung die Andeutung heraus, daß es sich nur um einen taktischen Schritt handle, worauf denn auch von Helldorf und von Kardorff bekundeten, daß sie bereits Anlaß zur Hoffnung auf Verständigung bis zur dritten Lesung hätten. So mag sich denn auch die andauernd große Zurückhaltung erklären, deren man sich vom Tische des Bundesraths befleißigte. Vorläufig führten eben die zwei Kompagnieen sich gegenseitig an den Abgrund der nun wiederum entstandenen Lücke, sodas beiderseits die Gewissen wegen des bevorstehenden Nachgebens salvirt sein konnten.

Die Rekursbehörde, so wunderbar sie auch im Schooße der Kommission entstanden war, fand keine Anfechtung. Außer dem sächsischen Justizminister gaben sich nur die Konservativen Schmid und Ackermann Mühe für Erfüllung des Regierungswunsches wegen Zuziehung von Verwaltungsbeamten, es ging jedoch nicht durch, obwohl auch Liberale dafür stimmten; wohl aber wurde zu Laszter's und Hänel's Beruhigung der durch von Göffler befürwortete Zusatz Ackermann's genehmigt, daß jene Behörde in vollem Umfange soll Beweis erheben lassen dürfen. Dabei hatte Windthorst nicht gefäumt, dieselbe als den „Anfang für die Entziehung der Polizeihohheit der Einzelstaaten“ hinzustellen.

Zum sogenannten kleinen Belagerungszustand des § 20 fanden am 16. Oktober, auf Grund der schon angekündigten Zugeständnisse der Nationalliberalen, einige unbedeutenden „Verschärfungen“ Annahme. Der § über die Gültigkeitsdauer des Gesetzes brachte noch lange Reden von Lucius, welcher 4½ Jahre setzen wollte, und des wortreichen Sozialdemokraten Bracke, bei dessen grandiosen Abschweifungen dem Hause die Geduld erst verloren ging, als er nach fast einstündiger Rede auf „die graue Vorzeit“ übergehen wollte. Von sachlichem

Interesse waren nur die Ausführungen Kiefer's aus Baden. Angenommen wurde leider nur die 2 $\frac{1}{2}$ Jahre.

Am 17. Oktober ruhten die Reden. Es war eine Art Bußtag, an dem man auf allen Seiten nochmals ernstlich in sich zu gehen hatte. In der That wurde denn auch sehr rasch nach dem Treffen im Plenum die Verständigung erzielt. Nur im Sinne der von Bismarck am 9. Oktober angedeuteten höheren Gründe läßt es sich begreifen, daß die Regierungen in zweien ihrer Kardinalpunkte, dem der Frist bei der Zeitungsunterdrückung und dem der Dauer des Gesetzes, nachgaben. Vielleicht trösteten sie sich in Betreff des ersteren Punktes mit der Praxis und im Uebrigen nimmt Bismarck, nach seiner Schlußrede vom 19. Oktober, eine eventuelle spätere Verlängerung in Aussicht. Die Zugeständnisse der Liberalen beschränkten sich eigentlich nur auf die freie Wahl des Vorsitzenden der Rekursbehörde durch den Kaiser; die Beschränkung der Aufenthalt-Verfügung für den Agitator in seinem Wohnsitz auf den Fall, daß er diesen nicht schon 6 Monate inne hat, ist kaum dahin zu rechnen. Die Sicherung des Gesetzes auf Grund dieser Einigung war bei Beginn der 3. Lesung am 18. Oktober Federmann bekannt. Gleichwohl brachte diese Sitzung eine neue, die dritte Generaldiskussion mit abermals weitem Zurückfallen in Abstraktionen. v. Schorlemer raffte Alles, was er an Bosheiten gegen die Regierung in den verschiedenen Lagern noch aufzulesen vermochte, zusammen und warf es zu guter Letzt der Regierung in's Gesicht. Fast keins der mehr als zur Genüge behandelten Themata unberührt lassend, entwickelte er ein wohlberechnetes Mitrailleurfeuer von Malicen gegen Bismarck und hielt auch lächerlich auf den Spuren der gegnerischen Vorredner, um sie durch Sophismen lächerlich zu machen. Ein würdiges Seitenstück war eine Rede Liebknecht's, der sich in „Enthüllungen“ nach Art der verunglückten Verjuche Bebel's erging. Eine Feier mit Petroleum, wie sie am 12. Oktober Hasselmann wegen seiner Rede zu Theil wurde, hat er reichlich verdient. Im Uebrigen wußte sich nur noch Laster Aufmerksamkeit zu verschaffen durch einen Rückblick auf die Verhandlungen und eine Darlegung seines Standpunkts.

Trotz des erschreckend hervorgetretenen Parteihaders hat sich erfreulicher Weise eine Mehrheit von 72 Stimmen für das Gesetz ergeben. Somit ist wenigstens die Errichtung eines Damms gegen die sozialdemokratische Hochfluth erlangt. Hinsichtlich einiger Schwächen des Gesetzes gewährte uns die Ansprache einige Beruhigung, mit welcher Bismarck am 19. Oktober die sechswöchige Session schloß.

Berlin, den 20. Oktober.

L.

An die Herren Verleger!

Wir bitten um baldigste Zusendung der Werke, die in unsrer Weihnachtsbucherschau berücksichtigt werden sollen.

Leipzig, Anfang Oktober 1878.

Die Redaktion der Grenzboten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum in Leipzig.

Verlag von F. L. Herbig in Leipzig. — Druck von Gützel & Herrmann in Leipzig.